

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
No 11

Wirtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnement: Bei der Post nach dem System bezogen frei ins Haus monatlich 100 Mark. Anzeigenspreis: Die Spaltezeit aber deren Raum 8 ZL. Die Restzeile 20 ZL. Mindestbetrag eines Abtrags 20 ZL. Bei Werbungen Rabatt. Bei Stellungsvertrag in der Nacht unbillig.

Nr. 339.

Altensteig, Donnerstag den 12. Oktober.

Jahrgang 1922

Deutschland und die Ostfragen.

Der Gesandte z. D. Geheimrat Riezler-Berlin fand auf dem vierten Reichsparteitag der Deutschen demokratischen Partei in Elberfeld stürmischen Beifall mit seinen Ausführungen über unser Verhältnis zu den Mächten. Den Kern des Vortrags bildeten die Warnungen vor jedem Optimismus für ein solches Wiedererleben Russlands, kritische Betrachtung über den Wert und die Durchführung des Vertrags von Rapallo, trübe Bilder unserer Ohnmacht und Zerissenheit und schließlich doch noch ein warmer Appell zur Einigkeit und Geschlossenheit. Geheimrat Riezler besprach die Bedeutung und die Entwicklung der Probleme im Osten von Finland bis Konstantinopel, die im Frieden von Versailles niedergelegte französische Politik mit dem Staatenkranz im Osten zwischen Deutschland einerseits und Russland und dem Orient andererseits und ging dann mit wenigen Bemerkungen über Deutsch-Ostreich zu dem großen russischen Problem über. Im wesentlichen führte er dazu aus:

Bei dem russischen Problem ist die Grundidee der französischen Politik, daß es ein Russland als ausschlaggebender aktionsfähiger Faktor in der europäischen Staatengemeinschaft nicht gebe. Wie heute, so beruhte schon unter Ludwig XIV. die französische Politik auf der Grundidee, im Osten willige Bundesgenossen zu schaffen, auf daß Frankreich für seine Politik der Reunion am Rhein und in Flandern freie Hand habe. Als dann später in Russland Peter der Große aktiv auf dem Felde Europas erschien, brach die Politik Ludwigs XIV. zusammen. Das Wiedererleben Russlands als Staatengebilde dürfte auch heute das französische Hegemonienystem wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Frankreich würde aber sofort verfallen, an Stelle der polnischen Jangge gegen Deutschland beide Länder zu einer einzigen Jangge zusammenzuschließen. Frankreich kennt die Schwächen seiner Nachbarn. Deshalb hat es sich im Friedensvertrag von Versailles im Art. 118 die Handhabe gegen ein wiedererstehendes Russland geschaffen. Dieser Paragraph räumt den Verbündeten das Recht ein, Russlands Forderungen gegen Deutschland geltend zu machen. Im Vertrag von Rapallo hat nun Russland auf diesen Paragraphen verzichtet. Frankreich hat freilich, wenn es auch alles daransetzt, Russland nicht in die Höhe kommen zu lassen, zurzeit noch keinen Anlaß, auf Russland besonders zu achten. Zurzeit ist Russland noch kein derartiger Nachbarn. Es liegt in Wirtschaftskrisen zusammengebrochen da. Darüber dürfen uns weder die Gewandtheit der russischen Diplomatie noch die Paraden der Trotsky'schen Armee täuschen. Bis auf weiteres liegen noch auf jeder praktischen Wiederaufbauarbeit ungeheure Hemmungen. Trotzdem haben die europäischen Staaten, einer nach dem andern, in der Erkenntnis der Unentbehrlichkeit Russlands für den Wiederaufbau Europas sich nicht abhalten lassen, wenigstens mit der Arbeit zu beginnen und Handelsverträge abzuschließen. Es ist doch schon manches in aller Stille abgeschlossen worden, das Schnellste und Erfolgreichste nicht von uns. Auf dem Papier geblieben ist zum größten Teil der Vertrag von Rapallo. Er ist gültig und abgeschlossen nur für das eigentliche Zentralrussland, nicht aber für die Föderativstaaten: Ukraine, Kaukasus, Sibirien und Zentralrussland. Wir haben schon vor Monate gesehen, daß die Parallelverträge mit diesen Föderativstaaten dem Abschluß nahe seien, aber von einem Abschluß haben wir noch nichts gehört. Die Gründe liegen nicht auf russischer, sondern auf deutscher Seite. Ich habe mich vergeblich bemüht, ausdrückende Gründe dafür zu erfahren. Es war vielleicht nicht ganz ungefährlich, damals den Vertrag von Rapallo abzuschließen. Nachdem man ihn aber abgeschlossen hat, ist schlechterdings nicht einzusehen, warum man nicht, nachdem man A gesagt, auch das leichtere B und C sagt, zumal in allen Ländern eine industrielle Regsamkeit für Russland sich geltend macht. Die russische Politik, die zwar sehr schwächlich ist, aber sich in der beneidenswerten Lage befindet, von jeder inneren Hemmung und Einwirkung frei zu sein, ist überall am Werk. Japan ist behutlos und vorsichtig. Die nördlichen Randstaaten sind gegenüber der Rätereierung gefügig, und wenn auch Verträge in die Rechte der Randstaaten eingreifen, machen sie von ihrer Selbständigkeit Moskau gegenüber wenig Gebrauch. Die Lage im Orient gibt der Rätereierung manchen Vorteil in die Hand. Russland hat zu einer Abrüstungskonferenz nach Warschau einge-

taden, eine Konferenz, die beweisen sollte, daß nicht Russland, sondern die Nachbarstaaten und ihr Protektor, Frankreich, schuld daran seien, wenn nicht abgerüstet, sondern weitergerüstet werde. Trotz dieser Geschicklichkeit der russischen Diplomatie wollen wir uns nicht ein starkes Russland vorzuziehen. Russland ist sehr schwach und auf lange Zeit kein Faktor, auf den Frankreich mit Sorge zu blicken hätte.

Ich komme zu dem Problem der türkischen Frage, dem jetzt aktuellsten Problem. Auch die Türkei haben die Verbündeten auf dem Papier aufgeteilt und sind dadurch in eine Politik geraten, die durchzuführen sie weder militärische Kraft und Einigkeit besäßen. Die kleinasiatischen Türken wehrten sich mit bewundernswerter Tapferkeit. Wir sehen nunmehr, wie England isoliert, durch die Verhältnisse gezwungen, eine radikale Schwendung zu vollziehen versucht. Ob diese Schwendung heute noch möglich ist, oder ob das englische Weltreich durch Ungeklärtheiten oder Zwischenfälle gezwungen wird, sich doch noch im Orient auf einem Terrain zu engagieren, von wo es sich zurückgezogen hat, steht dahin. Wir können nur wünschen, daß England die Gelegenheit bekommt, einen der bedenklichsten Fehler seiner Geschichte noch in letzter Stunde zu korrigieren. England hat sich in den letzten drei Jahren darauf verstreut, gegen alle Warnungen der Orientkennner Griechenland als eine Großmacht aufzublähen und gegen den Strom zu schwimmen. Es ist gezwungen worden, Position um Position zu räumen. Jeder von uns kommt aber auch bei der Beobachtung dieser Dinge auf den Gedanken, daß dort auch über unser Schicksal entschieden wird, und deshalb die Rückwirkung der orientalischen Frage bis an den Rhein und bis in den Wiederherstellungsaussicht fühlbar werden kann.

Was folgt nun aus einer solchen Lage für uns? Wir spüren die Rückwirkungen aller Fragen, an denen wir nicht direkt beteiligt sind, und wir müssen in einer Zeit der größten äußeren Gefahr unsere innere Konsolidierung durchzusetzen suchen. Ein Volk, das in solche Lage ist, wie wir es sind, müßte alles daransetzen, seine wirtschaftliche Kraft und seinen moralischen Willen derart geschlossen unter einer einheitlichen und ruhigen Leitung zusammenzufassen, daß diese Faktoren wenigstens nach festen Plänen und in kühler Ueberlegung im Spiel der Kräfte zurückgehalten werden könnten. Das ist aber nicht der Fall. Wir gehören uns, als hätten wir Ruhe und Zeit, planlos durcheinander zu reden, als könne jeder auf eigene Faust Politik machen und Sonderriemen aus der Haut des Staates schneiden. Wir schreiben uns nicht klar zu sein, daß wir durch eine solche Zersplitterung im Volke selbst diese Regierung in eine Kraftvergeudung drängen, die, statt nach einem festen Plan das Gebäude aufzubauen, sich darauf beschränkt, die eingetretenen Ereignisse hinterher zu besprechen und zu kommentieren. Ich will nicht Kritik an der heutigen Regierung üben, ich verkenne nicht die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat. Aber ich habe die Tätigkeit der Staatsmaschine genug in der Nähe beobachtet können, um zu erkennen, daß die Maschine oft leerläuft und ein großer Teil der Arbeit nutzlos verтан wird. Wer mit Ausländern sich unterhält und auch die uns wohlmeinende Presse und Zeitschriften im Ausland verfolgt, kann sich nicht verhehlen, daß diese junge deutsche Republik noch ein sehr schwaches Gebilde ist, eingeteilt zwischen den Gewerkschaften einerseits und der Industrie und dem Landbund andererseits, nicht überall als Nachbarn gewertet, der einheitlich und aktionsfähig ist. Aller Aufgabe sei es deshalb, die Sache des Staates über alle andere zu stellen und durch eine streng sachliche Politik den jungen Parlamentarismus von seinen Kinderkrankheiten zu befreien, auf daß noch zur rechten Zeit der junge deutsche Staat ein lebendiger Körper und das Volk eine seelische Einheit werde.

Deutschland und der Völkerbund.

Die Streitfrage, ob Deutschland dem Völkerbund beitreten soll oder nicht, beschäftigt argenblicklich wieder einmal in besonderem Maße die politischen Kreise. Am Samstag einigte der Reichspräsident Ebert den schwedischen Ministerpräsidenten Branting und gelegentlich der sich bei dem Essen entwickelnden politischen Aussprache soll sich Herr Branting auch für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sehr warm ausgesprochen haben. Von Herrn Ebert dagegen behaupteten

die „Leibz. N. N.“, daß er den Gedanken ablehnte, und zwar unter Hinweis darauf, daß, solange die Vereinigten Staaten von Nordamerika dem Völkerbund nicht angehören, die Sache auch für Deutschland nicht in Frage kommen könne. Hinzugefügt muß noch werden, daß die Anschauung des Reichspräsidenten auch von der Reichsregierung geteilt wird. Es ergibt sich somit ein eigenartiger Gegensatz, daß auf der einen Seite der Reichstagspräsident Ebert den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auf den Schild erhebt, wie aus seiner Stellungnahme beim letzten sozialdemokratischen Parteitag hervorgeht, auf der anderen Seite aber der jedenfalls sozialistisch gestimmte Reichspräsident der Frage ablehnend gegenübersteht. Die neue sozialdemokratische Fraktion wird bei weiterer Aufrollung der Angelegenheit nicht umhin können, Klarheit in ihren eigenen Reihen zu bringen und einen entsprechenden Beschluß herbeizuführen, ob man sich der Auffassung Eberts oder der des Reichspräsidenten Ebert zuwenden will. Die amtlichen Stellen in dieser Hinsicht befragt, zeigen sich zurückhaltend.

Graf Bernstorff verbreitete sich auf dem demokratischen Parteitag in Elberfeld eingehend über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die Frage müsse geprüft werden, denn 1. seien wir von England zum Eintritt aufgefordert worden, und 2. sei es bestimmt, daß die Entschädigungsfrage nirgendwo anders als im Völkerbund gelöst werden könne, und 3. habe die Sozialdemokratie eine Entscheidung gefaßt, die Regierung aufzufordern, eine völkerbundsfreundliche Politik zu treiben. Graf Bernstorff, der die Ansicht vertrat, daß Amerikas Eintritt in den Krieg nur möglich war, weil es in Deutschland den Jubelbegriff pazifistischer Gegenwarts erblühte, war der Auffassung, daß die völkerrechtliche Bindung innerhalb des Völkerbunds nicht so stark sei, daß sie uns hindern könnte, eine unsern deutschen Interessen genehme Politik zu treiben. In Genf sei einzig und allein der Punkt, wo deutsche Politik und deutsche Ehrenrettung wieder einziehen könnte. Man brauche nicht zu fürchten, daß Deutschland bei seinem Eintritt gezwungen werden könnte, eine neue Erklärung über unsere Schuld am Kriege abzugeben, wenn wir uns auf den Artikel 19 der Völkerbundscharte und auf die Mantelnote Clemenceaus berufen, wonach der Völkerbund eine Einrichtung sei, den Friedensvertrag von Versailles zu revidieren, wenn sich Punkte ergäben, die nicht mehr stichhaltig seien. Wir müßten dort erscheinen, wenn wir auf friedlichem Wege eine Aenderung des Versailles Vertrags erreichen wollten. Die obereschlesische Frage wäre zweifellos besser in deutschem Sinne geregelt worden, wenn wir i. J. 1919 unsere Stimme im Völkerbundsrat gehabt hätten. Die von uns getrennten Deutschen könnten eines Tages den Vorwurf erheben, daß von Deutschland versäumt worden sei, über ihr Schicksal im Völkerbundsrat mitzubedenken. Das stärkste Argument, das ihn für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stütze, sei, daß Frankreich sich die größte Mühe gebe, unseren Eintritt zu verhindern. Der Völkerbund werde Deutschland Gelegenheit geben, vor dem Forum der ganzen Welt zu sprechen. Professor Lüdde trat ebenfalls für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ein. Abg. Koppel bekannte sich als scharfer Gegner des Eintritts in den Völkerbund. Die ungerechte Entscheidung über das Saargebiet und Oberschlesien könnten ihn nicht zu dem Gedanken bringen, daß mit dem Eintritt etwas für Deutschland herauskomme. Wenn Freunde des Völkerbunds der Ansicht seien, daß der Bund ein Resonanzboden für deutsche Propaganda sein müsse, so antworte er, daß deutsch-irrendliche Reden in Genf auch von fremden Korrespondenten nicht anders verbreitet würden, als wie die Ausführungen von prominenten Persönlichkeiten innerhalb des Reichs über deutsche Schuld oder Nichtschuld am Kriege. Er verglich den Völkerbund mit einem Kasino von Pharisäern und Sadduzäern, die zwar nicht in Jerusalem, aber in Genf säßen. Geseht den Fall, daß Deutschland in den Völkerbund eintrete, sei immer noch nicht abzusehen, ob Frankreich nicht austräte und ob der Völkerbund nicht auseinanderfallen würde. Wenn ein Deutscher im Völkerbund deutsche Propaganda treiben wolle, daß sei er der Ueberzeugung, daß man dieses Thema sofort abbrechen und Gelegenheit nehmen würde, auch im Völkerbund Deutschland als den Störenfried der Welt an die Wand zu malen. Er bekräftigte zum Schluß eine scharfe in deutschem Sinne geleitete Propaganda von allen Kreisen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liege.

Der demokratische Reichsparteitag.

Stberfeld, 11. Okt. Im Vorbergrund des Berichtes der Reichstagsfraktion, den Dr. Petersen erstattete, stand die Frage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft.

Im großen Zusammenhange des politischen Geschehens so erklärte Petersen, bahnt sich die Forderung des Radikalismus rechts und links an. Keiner der bisherigen Parteitage hat der Reichstagsfraktion den Auftrag gegeben, eine breite Mehrheit der Mitte zu schaffen. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ist das erste Band dazu. Sie ist keine Fraktionsgemeinschaft; wir führen unsere eigene Politik in voller Klarheit weiter, keine Partei darf überstimmt werden. Nicht gegen die vereinigten Sozialisten soll sie wirken, sondern mit ihnen. Einem Obrigkeitstaat mußte es oberster liberaler Grundfah sein, mit der Sozialdemokratie zusammen zu gehen. Im freien Volksstaat ist das zur Frage der Taktik geworden. Ohne Sozialdemokratie ist die Politik der Mitte nicht möglich, aber ich wehre mich dagegen, daß es eine andere Taktik geben soll als mit der Sozialdemokratie. Die Sozialisten sind es nicht die Härterlichen, die den Ruf erheben: Die Bürger, die Sozialismus! Dabei würden sie in einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft nicht einmal mit uns wirken. Die Regierungsbildungen in Thüringen und Sachsen zeigen, daß die Sozialisten in die Minderheit gebracht werden müssen, um sie zur Beteiligung an einer Politik der Mitte zu zwingen. Eine sichere Stütze... Wehrt erhalten wir nur, wenn wir jeden herbeiziehen, der verantwortlich mitarbeiten will. Die Politik der Mitte, wie sie unsere Fraktion seit vier Jahren betreibt, in der Arbeitsgemeinschaft fortzuführen, hat sich die Deutsche Volkspartei bindend bereit erklärt. Auf einen Pfiff von oben wird sich ihre Anhängerschaft im Lande nicht in vierundzwanzig Stunden auf die Republik umstellen. Dauer aber die Hege gegen die jetzige Staatsform fort, näher unsere Vorstellungen nicht, dann ist die Arbeitsgemeinschaft zu Ende. Eine viel größere Gefahr für die Republik als der Monarchismus wäre heute ein engherzige Parteipolitik. Mit Adressen ist nichts getan. Wir fordern Sie auf, unsere Politik mitzumachen oder abzulehnen. — Die Entschlebung zur inneren Politik wurde gegen 21 Stimmen und etwa 40 Enthaltungen angenommen.

Ueber die Wirtschaftspolitik der Reichstagsfraktion referierte Reinath. Er befürwortete u. a. das System, neben der Papiermark eine Art beständige Steuermark zu schaffen, und sagte seine Darlegungen in einer Entschlebung zusammen. Darin werden zur Vermeidung einer wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe außerordentliche Maßnahmen verlangt und zwar

1. Aufklärung des Auslandes über die zerstörenden Wirkungen der übermäßigen Reparations-, Besatzungs- und Ausgleichslasten.

2. Reform der deutschen Wirtschaft mit dem Ziel einer Steigerung der Warenherzeugung, um einen ausreichenden Ausführüberschuß sicherzustellen.

Bis zur Auswirkung dieser Maßnahmen können folgende dringlichen Vorschläge in Frage:

1. Vereinfachung umfassender Mittel für Kleinrentner und Erwerbsunfähige.

2. Bekämpfung der Ausartungen des Handels mit Devisen und ausländischen Zahlungsmitteln.

3. Schärfste Bekämpfung des Wuchers und des Schief.

4. Schutz der realen Wirtschaftskreise und Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit durch Reform der Preistreibeordnung und Aufassung eines marktlängigen Wiederbeschaffungspreises.

5. Umgestaltung der Steuergesetze mit leichter Anpassung an die Geldentwertung und Garantie rechtzeitigen Eingangs der Steuer.

6. Schaffung eines wertbeständigen inländischen Anlagepapiers (kurzfristige Goldschmelze).

Leserbrief.

Vergebens werden ungebundene Geister,
Nach der Vollendung reiner Höhe streben.
Wer Großes will, muß sich zusammenraffen;
In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister,
Und das Gesetz nur kann uns Freiheit geben.
Goethe.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Viebig.

(52)

(Nachdruck verboten.)

Der Zugwind klappte mit einem morschen Fensterladen, eine große Weibersimme zerrte dahinter hervor: „Sagt dem Borgemaster, hän sollt sich net wunnern, wann mer all freiert sein! Dat Raar kömmt uns öwer dän Hals, dat läßt sich net kommanderen. On ons Kinner säreien nach Brot!“

„Jao, jao“, murmelten die Männer, „se hat rächt! Mann uns Raar gebieten war, wie et gewest war, et dächt besser sein. E su elendig sind wir nie gewest. Jetzt köme mir verkaufen!“ Sie warfen unruhige Blicke hinter sich, dann karrten sie alle den Bürgermeister an. Diese hoblen Augen über den vordringenden Badenhuoch hatten etwas Furchtbares.

Dallmer war bleich geworden, er wandte sich ab. „Kann mich einer zum Leisager führen?“

Die Männer sahen sich an; endlich schob sich ein halb-wüchsiges Bursche vor. Mit einhüllenden Knien und verdrossener Miene schlorrte er vor dem Bürgermeister her. „Es ging wieder zum Dorf hinaus; ein wenig abseits, eingedrängt zwischen Berg und Raar lag die baufällige Hütte des Johann Leisager. Dallmer erinnerte sich des Menschen genau: noch jung, aber verbummelt und einer der Ärmsten im Dorfe. Früher war er Fischer gewesen; seit es keine Fische im Raar mehr gab, verlungerte er ohne Beschäftigung die Tage.“

7. wesentliche Ersparnisse in Staats- und Reichsbetrieben.

An die Unternehmertreife wird die dringende Mahnung gerichtet, die schroffe Preisfurbe zu mildern und Fakturierung in Auslandswährung oder unter Vorbehalt des Wechselkurses für inländische Erzeugnisse abzulehnen.

Der Rathenau-Mordprozeß.

Leipzig, 11. Okt. In der Fortsetzung des Verhöres von Angeklagten und Zeugen spielte der Handlöffel des Haupttäters Kern eine große Rolle. Kern ließ den Koffer in der Wohnung von Jsemann in Schwerin zurück. Der Koffer blieb aber verschwunden, ist aber heute auf den Gerichtstisch gestellt. Jsemann gab bei der Vernehmung über die rätselhafte Koffer-geschichte zu, daß noch eine dritte Person, die noch nicht ermittelt ist, von der Mordtat gewußt hat. Dann gehen die Vernehmungen über die Mitwisserschaft am Mordplan weiter, bei denen der angeklagte Spiegel Brädigam aus Frankfurt a. M. über Tillessen beläsend ausfragte. Der Verteidiger Tillessens erklärte, daß diese Aussagen erfunden seien und eine Vernehmung Tillessens nicht möglich war, weil der Angeklagte Barneke Krankheitserscheinungen zeigte. Es wurde abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

Am Mittwoch wurde Jsemann darüber vernommen, wann er von Kern die Maschinenpistole zur Aufbewahrung erhalten hat. Das geschah im Mai d. J. Dann wurde Zeuge Brädigam gehört, der befand, er sei durch Kapitänleutnant a. D. Hoffmann-München bei der Organisation C angestellt worden, um die Linkorganisationen zu bespitzeln. Er hatte den Eindruck, daß ein Attentat gegen Scheldemann beabsichtigt sei. Brädigam ist erheblich vorbestraft, der Verteidiger beantragt die Ladung des Kapitänleutnants Hoffmann, da die Aussagen Brädigams nicht der Wahrheit entsprechen.

Neues vom Tage.

Ein neuer Anschlag?

Berlin, 11. Okt. Ueber einen neuen Mordanschlag auf einen der Angeklagten im Rathenau-Prozeß, den Kaufmann Vog, wird der „D. Allg. Ztg.“ berichtet. Vog, der sich auf freiem Fuße befindet, sei am Samstagabend in einer Berliner Altbierstube zufällig Zeuge eines Telefongesprächs geworden, in dem ein Gast des Lokals, in dem Vog sich befand, erklärte, Vog sei hier. Es werde so gemacht, daß man ihm eine ins Gesicht haue, dann werde er zurückhauen, man bestünde sich in Notwehr und sei ihn los. Tatsächlich seien dann auch kurz nachher drei Herren, die der Wirt als die Brüder v. R. und einen Herren v. H. erkannt habe, an den Tisch des Vog getreten und hätten durch Anrempelungen versucht, ihn zu provozieren. Trotzdem er sich nicht habe provozieren lassen habe der eine der drei Herren einen Revolver auf Vog angelegt und dabei geäußert, daß in einer „Führerverammlung“, von der sie gerade kämen, beschlossen worden sei, Vog, Jsemann und Günther zu „erledigen“. Man habe darauf den Revolverbeiden entwaffnet und mit seinen Begleitern aus dem Lokal hinausgeführt.

Unterzeichnung des Abkommens von Madania.

Paris, 11. Okt. Aus Konstantinopel meldet Havas, daß gestern das Abkommen von Madania unterzeichnet wurde.

Paris, 11. Okt. Aus dem Wortlaut des Protokolls, das die Alliierten Ismet Pascha vorgelegt haben, ist hervorzuheben: Die Räumung Thrakiens muß durch die Griechen innerhalb 15 Tagen erfolgen. So wie die griechischen Behörden sich zurückgezogen haben, geht jede Zivilmacht in die Hände der alliierten Vertreter über, die sie ihrerseits an demselben Tage den türkischen Beamten übergeben. Diese Übergabe muß in Ostthrazien spätestens 30 Tage nach der Räumung

durch die griechischen Truppen erfolgt sein. Die Zivilbehörden der Regierung von Angora werden von nationalistischen Gendarmetruppen begleitet sein, soweit sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung unbedingt notwendig sind. Die verschiedenen Operationen, die mit dem Rückzug der griechischen Truppen und der Zivilverwaltung verbunden sind, werden unter der Leitung alliierter Missionen vor sich gehen, um Uebergänge jeder Art zu verhindern. Die alliierten Truppenkontingente werden aus ungefähr 7 Bataillonen bestehen. Der Rückzug dieser Missionen und Kontingente geschieht 30 Tage nachdem die Räumung durch die griechischen Truppen beendet ist. Alle Truppen der Angoraregierung werden so schnell wie möglich aus dem Gebiet der Alliierten-Besetzung herausgezogen werden. Das Protokoll bestimmt, daß die neutrale Zone in den Regionen von Tschanaq und Ismid von gemischten Kommissionen, in denen Offiziere von allen alliierten Mächten und der Regierung von Angora sich befinden, abgegrenzt werden kann. Die Regierung von Angora verpflichtet sich, diese Gebiete zu respektieren, ferner bis zur Ratifizierung des Friedens keine Truppen nach Thrazien zu transportieren und keine Armeedort zu unterhalten.

Befreiung Deutschlands von allen Barzahlungen?

Paris, 11. Okt. Nach dem „Matin“ soll der englische Delegierte Sir Bradbury der Ansicht sein, daß die Kommission nicht, wie anfangs geplant, den November abwarten dürfe, um Maßnahmen gegen den Bankrott Deutschlands zu treffen. Bradbury will deshalb beantragen, daß Deutschland bis Ende 1923 vor allen Barzahlungen befreit werde, und daß das Garantiekomitee gleichzeitig ein Vetorecht erhalte, um die deutschen Staatsausgaben zu kontrollieren und die Ausgabe von Papiergeld unter allen Umständen zu verhindern. Dieses Veto des Garantiekomitees sei von Frankreich wiederholt gefordert worden. England habe es bisher abgelehnt mit dem Bemerkten, es könne nur im Falle einer bedeutenden Herabsetzung der deutschen Schuld das Vetorecht zugestehen.

Der neue Mann in der Reparationskommission.

Paris, 11. Okt. Als Barthou als Nachfolger Dubois den Vorsitz in der Reparationskommission übernahm, machte er in der ersten Arbeitssitzung auf das Ansuchen der schwebenden Schuld Deutschlands aufmerksam. Der „Temps“ fordert bereits, es müsse festgestellt werden, ob Deutschland die Bedingungen des Ultimatoriums vom 31. Mai erfüllt habe. Denn es habe sich verpflichtet, seine schwebende Schuld über die damalige Summe von 281 Milliarden Papiermark durch Steuern oder innere Anleihen zu decken. Am 30. Sept. betrage die schwebende Schuld Deutschlands bereits 450 Milliarden und die Zahlungen an die Alliierten seien nicht erhöht worden.

Bevorstehende Parteikämpfe in England.

Paris, 11. Okt. In England bereitet sich nach Abschluß der Konferenz von Madania ein politischer Parteikampf vor, wie ihn das Land schon lange nicht mehr gesehen hat. Churchill hat an das Wahlkomitee sein Wahlkreises in Dundee telegraphiert, daß er sich baldig über die Haltung der Regierung in der Orientfrage aussprechen werde. Chamberlain wird in Birmingham wichtige Erklärungen abgeben. Lloyd George am Samstag in Manchester eine Rede halten, die ein großes politisches Manifest werden soll und in der er die schon bekann-Gesichtspunkte vor allem die Wichtigkeit energischer Verhaltens im Osten betonen wird. Es wird behauptet, daß der englische Ministerpräsident in dieser Rede seine Demission anbieten werde.

Generalsvollmacht für Venizelos.

London, 11. Okt. Venizelos hat Lord Curzon in Kenntnis gesetzt, daß er den Kosten eines außerordentlichen griechischen Bevollmächtigten in Europa annehmen hat.

Dallmer wandte sich ab; er fühlte, wie ihm das Blut zu Kopf stieg, er stieß die Tür auf und trat ungestüm über die Schwelle. Ob, nur einen Atemzug freie Luft! Es war zum Ersticken. Vom Wasser trocken Dünste her, sie legten sich ihm beklemmend an; die grauen Haare lebten ihm an den Schläfen. Er schwiigte.

Unruhig ließ er die Augen über die Ode schweifen. Vom Dorfe her näherte sich eine Gestalt, eine Frau; dunkel lächelte sie aus dem fahlen Gran. Er hielt die Hand über die Augen — wer war das? Das bleiche Licht blendete ihn. „Rebba —?“

Es war Rebba. Sie hatte zu Hause gefessen auf dem Fensterplatz und dem Onkel die Gasse hinunter nachgeschaut, wie er in Unruhe fortging. Dann hatte sie mit schweremütigen Blick den Kopf in die Hand gestützt. Heute war Oftertag, und heute vor einem Jahr — —? Da waren auch Stoden erkungen; sie stand mit Kopfendem Herzen in der Kirche hinter dem Brautpaar, hörte die Worte der Traurede und hörte sie doch auch nicht. „So du hingehst, will ich auch hingehen“ — in ihrem Herzen war eine frohe Liebesabnung, eine reine Glückseligkeit gewesen.

Sie hatte schauernd das Gesicht in den Händen vergraben, dann war sie aufgesprungen und, von plötzlichem Einfall getrieben, dem Onkel nachgeflit. Sie konnte nicht allein sein.

Schwer war der Weg auf der Höhe gegen den saufen den Wind gewesen, noch schwerer der unten im Tale; mit zusammengebissenen Zähnen strebte sie vorwärts, es tat ihr wohl, gegen etwas anzukämpfen. Eine Weile sah sie den Onkel vor sich, sie rief — umsonst — sie verlor ihn aus den Augen.

Im Dorfe klopfte sie am ersten Hause; ein struppiger Frauenkopf fuhr heraus, ein paar Kinder kamen gekrochen und starrten sie unbeweglich an. Rebba's Herz fing an, eine warme Regung zu spüren. Kinder —! Gleich einer Vision glitten andere Kindergesichter an ihr vorüber, lachende tollwanzige, — und diese hier sahen so elend, so verflümmert aus! Der vierjährige Junge dort war wie ein altes Männchen. Sie bückte sich und strich ihm über die dünnen Härchen. „Wie heißt du?“

Fortsetzung folgt.



Württembergischer Landtag.

Abstimmung der Generaldebatte.

Stuttgart, 11. Okt.

In der Fortsetzung der Generaldebatte zum Staats-
haushaltsplan für 1922 bedauerte Abg. Dr. Gschlaaf
(D. Sp.), daß die gebotene Sparfameit auch auf dem
Gebiet kultureller Aufgaben sich in weitgehendem Maße
ausdrückt. Gegenüber der Verlogenheit des Versailler
Vertrags und der Kriegsschuldfrage müssen wir mit
Entschiedenheit immer wieder nachdrücklich betonen:
Niemand in Deutschland hat diesen so frivolen vom
Jahre gerissenen Krieg gewollt! Völkerverständigung ist
ein hohes ideales Ziel; aber es kann nicht einseitig
verfolgt werden. Der Schulerlass vom 19. Juli an-
sichtlich des Rathenauvertrages spreche auch von der Schaf-
fung neuer Geschichtsbücher. Glaubt man denn, daß
man über eine zweitausendjährige monarchische Ge-
schichte einfach hinweggehen kann? Ein Volk, das
keine Vergangenheit hat, hat auch keine Zukunft! In
nachdrücklicher Weise spricht sich der Redner dann noch
gegen das Schulgesetz aus.

Abg. Scheef (Dem.): Der Etat ist ein Zeugnis un-
erer materiellen und ideellen Räte. Heute handelt
es sich um die Existenz unseres Volkes, was wich-
tiger ist, als alle Parteipolitik. Es gilt jetzt vor allem,
eine Revision des Friedensvertrages durchzuführen! Da-
her begrüßen wir es, daß die Regierung den Kampf
gegen die Schuldfrage so energisch aufgenommen hat.
(A. Müller: Aber nicht so dumm!) Daß die Reichs-
präsidentenwahl gerade jetzt vorgenommen werden soll,
bedauern wir; wir sind aber der Meinung, daß Ebert,
der durch die ganze Art seiner Amtsführung und sein
Wesen dem deutschen Volk außerordentlich wertvolle
Leistungen geleistet hat, auf seinem Posten bleibt, auf dem
er sich als der rechte Mann am rechten Platz er-
wiesen hat. Die Regimentsfeiern sollten unter den
heutigen schwierigen Verhältnissen unterbleiben. Zur
Befundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist ein
Verbot der Devisenspekulation unbedingt nötig. Zur
Förderung des Sparsinns der Bevölkerung wäre ferner
die Schaffung eines stabilen Papiers notwendig, etwa
einer Goldrente. Damit wäre auch die Münzbedarfs-
frage gelöst. Eine Hauptaufgabe ist die Beseitigung
aller Streiks und eine scharfe Überwachung der Preis-
politik der Syndikate. Dringend notwendig ist eine
durchgreifende Reform der Postverwaltung. Den
Wirkungen des Währungszerfalls muß durch eine scharfe
Bekämpfung der Schwarzverbreitung entgegengetreten
werden. (Sehr richtig! links.) Der Redner be-
grüßte noch die baldige Vorlegung des Gesetzes über
die Volkserziehung, Aenderung des Gebäudebrand-
versicherungsgesetzes auf der Grundlage der automati-
schen Anpassung der Prämien an die Geldentwertung,
die baldige Einbringung der Gemeinde- und Bezirks-
ordnung. Das Reichsschulgesetz muß im Sinne der
Reichsverfassung durchgeführt werden.

Staatspräsident Dr. Fieber: Der Schulerlass sei
nicht aus politischen, sondern aus ernstlichen pädagogischen
sachmännischen Erwägungen erlassen worden, und der
Verlauf des jetzigen Rathenauvertrages zeige zur Ge-
nüge dessen Berechtigung, ja Notwendigkeit. Daß die
Geschichtsbücher fundamentalen Änderungen und Ent-
wicklungen, wie wir sie erlebt haben, Rechnung tragen,
sei eigentlich selbstverständlich; das Gleiche war der
Fall nach 1848, nach 1866 und noch mehr nach
1870/71. Er könne nur dringend wünschen, daß alle
Extreme von rechts und links in unseren Schulen ver-
mieden werden, damit dieselben ihren alten guten Ruf
bewahren.

Zwischen hinein teilt der den Vorsitz führende
Vizepräsident Pfleger mit, daß dem Hause zugegan-
gen ist ein Entwurf betr. die Gewährung eines Zu-
schusses an den Verein Württ. Zeitungsverleger. (Dem
Vernachlässigen nach handelt es sich um eine Summe von
50 Mill. Mk.) Der Entwurf soll in Anbetracht seiner
Dringlichkeit noch in der laufenden Woche ver-
abschiedet werden. Ferner ist eingegangen der Ent-
wurf zur Aenderung des Gemeindegeldgesetzes, der
gleichfalls vor der Vertagung des Landtags noch er-
ledigt werden muß.

Minister Keil kommt nochmals auf den letzten Metall-
arbeiterstreik zurück. Er hält an der Auffassung fest,
daß der gewalttätige Kampf bei einigem guten Willen
der Arbeitgeber hätte vermieden werden können.

Abg. Sämann (Komm.): Das ganze Zrommelfeuer
von Reben, Wänschen und Mahnungen ist nichts wei-
ter als der Rebell, der den konzentrischen Angriff
auf den Achtstundentag zu verdecken hat. Die Aus-
führungen Pleglers zeigten, daß er reif ist für den
Rechtssozialismus. (Zurufe: Schneid heißt den Abg.
Reber einen Lügner und wird deswegen und wegen
einer anderen beleidigenden Äußerung wiederholt zur
Ordnung gerufen und wird zugleich auf die Folgen
eines weiteren Ordnungsrufs aufmerksam gemacht. In
längeren Ausführungen spricht der Redner hierauf
noch über den Achtstundentag. (Wortno: Wenn die
Arbeiter heute erklären, daß sie 10 Stunden arbeiten
wollen, wie andere Leute auch, so werden Sie sehen,
wie der Dollar sinkt!)

Justizminister Wolf: Ueber das Münzbedarfs-
gesetz seitens des Reichs in Vorbereitung.

Damit kann die Generaldebatte geschlossen werden.
Der Etat wird an den Finanzausschuß verwiesen. Die
dazu eingebrachten großen Anfragen werden für er-
ledigt erklärt.

Donnerstag 9 Uhr: Gesetz über die Gemeindegereichte,
Gesetz über die Kirchen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 12. Oktober 1922.

Württ. Schwarzwaldbereich. Der Hauptvereinsvor-
stand rief durch Rundschreiben eine Einladung an die Ver-
einvereine zu einer außerordentlichen Hauptversammlung
am Sonntag den 15. Oktober in Freudenstadt. Diese soll
in Anbetracht der außerordentlichen Zeitumstände, die auch
unser Heimatverein in Mitleidenschaft gezogen haben, aber
die zunächst erforderlichen Maßnahmen beraten und be-
schließen. Tagesordnung: 1. Haushaltsplan für 1923;

2. Gedächtnisrede. Der Ausschuß des hiesigen Bezirks-
vereins hat sich entschlossen, den Besuch der Tagung bei
günstigem Wetter mit einer Herbstwanderung für seine
Vereinsmitglieder zu verbinden. Näheres siehe Anzeigenteil.

Wagenmangel. Gegenwärtig be-
trifft den Mangel an bedeckten Güterwagen. Die verfügbaren
Bestände an solchen Wagen sind in erheblichem Um-
fang für die Beförderung der Stückgüter und dring-
licher Güter, wie Eisgüter, leicht verderbliche Lebens-
mittel, lebende Tiere usw. erforderlich. Für andere
Güter können bedeckte Güterwagen z. B. überhaupt
nicht oder nur erheblich verspätet gestellt werden. Eine
Besserung ist in nächster Zeit nicht in Aussicht zu
nehmen. Für Güter, für die bedeckte Güterwagen nicht
unbedingt erforderlich sind, sollten daher offene
Wagen, gegebenenfalls mit Decken, verwendet werden.
Bei diesen Wagen ist der Mangel nicht so empfindlich.
Mit der Verwendung von solchen Wagen ist u. a.
auch ein Frachtvorteil verbunden, da der Gewichtszu-
schlag von 10 v. H., der für bedeckte Güterwagen
allgemein berechnet wird, wegfällt.

Stuttgart, 11. Okt. (Aenderung des Ge-
meindewahlrechts.) Das Staatsministerium hat
dieser Tage den Entwurf eines Gesetzes über Aenderung
des Gemeindewahlrechts fertiggestellt, der dem Landtag
demnächst zugehen wird. Aus dem Entwurf ist hervor-
zuheben, daß das Recht der Teilnahme an den Wahlen zu
den Gemeindeämtern und das Stimmrecht in sonstigen Ge-
meindeangelegenheiten allen Deutschen zustehen soll, die
das 20. Lebensjahr vollendet haben und im Gemeindebe-
zirk seit 6 Monaten wohnen. Der insolge Wegzugs
das Wahlrecht verloren hat, jedoch vor Ablauf von 2 Jah-
ren in die Gemeinde zurückkehrt, erlangt mit der Rückkehr
das Wahlrecht wieder.

Stuttgart, 11. Okt. (Versteigerung in Schloß
Rosenstein.) Am Dienstag wurden in Schloß Rosen-
stein Gemälde und sonstige Kunstgegenstände aus dem Be-
sitz des verstorbenen Königs durch den Kunsthändler Felix
Fleischhauer versteigert. Es wurde im Durchschnitt das
3-fache des angelegten Betrages erzielt. Ein Gemälde,
das als von Correggio stammend bezeichnet wird, wurde
mit 500 000 Mk. bezahlt, eine Landschaft von Peters
mit über 300 000 Mk. Der Gesamterlös betrug rund
15 Millionen Mark.

Kartoffelversorgung der Bevölkerung.
Die Ministerialdirektor Groß im Landtag in Beantwortung
einer kleinen Anfrage Dingler (D. Sp.) mittelste,
sind schon vor einigen Wochen Verhandlungen zwischen
Gemeindevertretern und Verbraucherorganisationen auf
der einen und dem Ernährungsministerium und Finanz-
ministerium auf der anderen Seite geführt worden zu dem
Zweck, in größerem Ausmaß der minderbemittelten Be-
völkerung zu ermöglichen, sich rechtzeitig mit Kartoffeln
einzudecken. Da die Gemeinden erklärten, die aus die-
sem Anlaß für nötig erachteten Vorschüsse allein nicht lei-
sten zu können, hat sich das Finanzministerium bereit er-
klärt, bei mindestens gleicher eigener Mittelaufwendung
der Gemeinden und Amtspersonschaften diesen kurzfristige
verzinsliche staatliche Darlehen zu geben. Das Finanz-
ministerium hat sich auch sofo. mit der Reichsbank in
Verbindung gesetzt, damit nötigenfalls auch in Würt-
temberg weitere Maßnahmen eingeleitet werden können.

Wendhausen, 11. Okt. (Trauerfeier.) Kürz-
lich fand im Winterrefektorium des Schlosses eine Trauer-
feier für den verewigten König statt. Im Hintergrund
des Saals stand ein Altar. Unter den vielen Teilnehmern
befanden sich das Fürstpaar mit Erbprinz Hermann zu
Wied und noch verschiedene Persönlichkeiten vom Adel,
auch Beamte, die mit dem Hofe in Verbindung standen.
Die hiesige Einwohnerschaft hatte sich auf ergangene Ein-
ladung hin zahlreich eingestellt. Nach dem einleitenden
Choralgesang eines Mädchenschor hielt der Ortspfarrer,
Pfarrer Furch von Lustnau, die Gedächtnisrede. Mit Choral-
gesang der Versammlung schloß die schlichte, eindrucksvolle
Feier.

Geislingen a. St., 11. Okt. (Kartoffeln ver-
morscht.) Einem Kelterer unterließ nachts das Mühl-
schiff, statt einen Obsthaufen einen Kartoffelhaufen zu erwischen.
Er wurde in der Dunkelheit in die aus 10 Zentner be-
stehende Menge Obst vermahlen und auch gepreßt. So-
legentlich einer Kostprobe, die am frühen Morgen ein-
genommen wurde, fand dem Besitzer der Most im Ge-
schmack etwas komisch vor, und die Untersuchung ergab
das Uebriue.

Kurze Chronik.

In Stuttgart beantragte der Bäckereiver-
band mit Rücksicht auf die Erhöhung der Löhne den
Preis für Marktbrot (1000 Gr.) vom 15. Okt. auf
20 Mk. festzusetzen, weil die neuen Preise erst ab
1. Nov. in Kraft treten.

In Heilbronn trinkt man den 1921er im Rats-
keller billig und in Strömen, so daß der Oberbürger-
meister gerufen wurde, die Weintrinker zur Einsicht
zu mahnen. An einem Sonntag wurden 1200 Liter
getrunken.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Ein- und Auswanderung und Geldentwertung. Die fort-
laufende Steigerung des Dollars und damit Ent-
wertung der Mark auch im Inlande macht laufende
Änderungen des Einkommensteuergesetzes notwendig.
Der Gewerkschaftsbund der Angestellten fordert die
Anpassung der Lohnsteuerföge an die Geldentwertung
und verlangt für die seit dem Juni um etwa das
dreifache gestiegenen Preise Festsetzung der Lohnsteuer-
grenze auf 300 000 Mk. Jahreseinkommen und für
die abzugewärtigen Sätze: 120 Mk. für den Steuerpflich-
tigen und seine Ehefrau, 240 Mk. für jedes Kind und
270 Mk. für Wittwenkosten.

Die Aenderung des Zustands in Konstantinopel wurde
von der Nationalversammlung in Anzora an-
genommen. Sie soll aber erst nach dem Abschluß der
Konferenz von Mudania in Wirksamkeit treten. Sein
Nachfolger wird Abdul Medid sein.

Italienische Bergrettungsmaßnahmen gegen die Stadt
Nürnberg. Das italienische Generalkonsulat in Mün-
chen hat Nürnberger Bürgern die nachgesuchte Ein-
reise nach Italien verweigert, weil italienischen Staats-
angestellten, die dort schon Monate hindurch ange stellt
sind, der weitere Aufenthalt in der Stadt verboten
worden ist. Wird diese Verfügung aufgehoben werden,
so werden die verweigerten Einreiseföge sofort auf-
gestellt werden.

Vermischtes.

Der „Polizeipräsident“. Der wegen Verübung zahl-
reicher Fahrraddiebstähle gefuchte ehemalige „Polizei-
präsident der Münchener Republik“, Hans Dösch,
wurde in München verhaftet als er, von Wien zurück-
gekehrt, einen Freund besuchen wollte.

Bankrott im Elß. Das Bankgeschäft M. und
E. Rothchild in Rülhausen i. E. hat seine Zahlungen
eingestellt, infolge verfehlter Spekulationen in aus-
ländischen Werten. Viele kleine Sparer verlieren ihr
Geld.

Das teure Sterben. Infolge der hohen Sargpreise
trägt sich der Stadtrat in Augsburg mit dem Ge-
danken, das sogenannte Leihjarghstern einzuführen.
Der Sarg würde nach Beendigung der Trauerfeier
wieder hochgezogen und das Grab über dem Ver-
storbenen ohne Sarg geschlossen. Es könnten dadurch
in der Armenkasse etwa 3400 Mk. erspart werden.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Mittwoch in Frankfurt
2622,30 G., 2627,70 Br., in Berlin 2596,75 G. und
2603,25 Br.

100 Schweizer Fr. = 49 350,60 G., 49 449,40 Br.
100 ital. Lire = 11 276,20 G., 11 298,80 Br.
100 französische Fr. = 20 029,90 G., 20 070,10 Br.
100 holl. Gulden = 104 395,50 G., 104 604,50 Br.
100 österreichische Kronen = 3,46 G., 3,50 Br.
1 Pf. Sterling = 12 037,90 G., 12 062,10 Br.

Weitere Erhöhung der Nähgarnpreise. Die Betriebs-
gesellschaft deutscher Baumwoll-Nähgarn-Fabriken hat
laut Textildroche den Ausschlag auf die Rüste vom
28. Sept. 22 mit Wirkung vom 6. Okt. ab um 30 auf
105 Prozent erhöht.

Stuttgarter Börse, 11. Okt. Infolge empfindlicher
Abschwächungen am Devisenmarkt kam an der Börse
am Mittwoch sehr viel Material heraus, das zwar
zumeist schlang aufgenommen wurde, allerdings bei
niedrigen Kursen. Im Freibörsenmarkt waren die
Angebote noch dringlicher, so daß dort nur wenige
Papiere an die gestrigen Kurse heranreichten. Eine
Ausnahme machte u. a. Ufa, von welchen die alten
Kurse zu 600-595, nachträglich zu 605 und 608 und
die jungen zu 560-567 gehandelt wurden, sowie
Bayer Stahl, welche heute zu 1480 und 1450 um-
gingen. Am offiziellen Markt waren Bankaktien etwas
fester. Bankaktien + 5, Vereinsbank + 10, Hypo-
thekbank + 5, Spinnereien uneinheitlich. Erlangen
1300 (- 75), Rammgarn Bietigheim 2400 (+ 100),
Kohl und Schüle 2125 (+ 35), Genäße 1700, Kottner
unverändert. Brauereifaktien waren weniger begehrt.
Wulle - 15, Brauerei Pödingen + 10. Auch am
Maschinen- und Metallmarkt waren die Abschwächungen
in der Mehrzahl. Daimler 575 (- 14), Fein-
mechanik 2400 (- 100), Raubheimer Bergeng 2150
(- 25), Desser Maschinen 860 (- 30), Junge 835, 830,
Maschinenfabrik Weingarten 1060 (- 40), Redarsulmer
900 (- 45), Junge 845, 840. Höber waren nur Matth.
Föhner mit 1301 (+ 91). Die übrigen Werte un-
einheitlich. Anilin 1899 (+ 19), Zement Heidelberg
1345 (+ 50), Deutsche Verlag 805 (- 35), RdN Kott-
weil 1180 (- 10), Krumm unverändert, Salzwerk
Heilbronn 2300 (+ 100), Stuttgarter Bäckermühle
960 (+ 20).

Stuttgarter Lederbörse, 11. Okt. Der Börsen-
kommission war es bei dem Mangel an geeigneten
Grundlagen für die Festsetzung von Richtpreisen, ins-
besondere an neuen Ergebnissen der Häuteauktionen,
sowie bei den ganz außerordentlichen Schwankungen
der Saluta unmdglich, Richtpreise festzusetzen. Die
nicht so zahlreich wie sonst besuchte Börse zeigte in-
folge der völligen Unsicherheit der Verhältnisse so-
wohl bei den Käufern wie bei den Verkäufern wenig
Neigung zu Abschlüssen. Man erwartet eine Klärung
durch die Ergebnisse der bevorstehenden Häuteauktionen.
Die Lederbörse am 14. November findet aus-
nahmsweise von 3-5 Uhr statt.

Milgauer Butter- und Käsebörse, 11. Okt. Der
Durchschnittspreis für die letzte Woche berechnet sich
für Butter auf 349,54 Mk. pro Pfd. (Vortage 325,02),
für Weichkäse mit 20 Proz. Fettgehalt auf 176,18
(166,59) Mk., für Milgauer Rundkäse auf 261,45
(239,87) Mk. Der Umsatz betrug in Butter 95 261
(95 808) Pfd., in Weichkäse 463 854 (696 691) Pfd., in
Rundkäse 169 594 (296 385) Pfd. Markttag: Trotz
der hohen Preise ist die Nachfrage neuerdings rege.

Stuttgart, 11. Okt. Nach Mitteilung der Kartoffel-
preismittlungs-kommission beträgt der Erzeugerpreis
für 1 Ztr. Speisepotatofeln ab Verladestation im Redar-
kreis für weiße 315-335, für rote 280-300, für
gelbfleischige 330-350 Mk.; im übrigen Land: weiße
280-300, rote 270-280, gelbfleischige 300-320 Mk.

Herbstnachrichten.

Stetten i. R. Ein recht guter Wein steht in Aus-
sicht. Die Nachfrage ist sehr rege. Die allgemeine
Lese beginnt nächste Woche.

Weinsberg. Beginn der Weinlese am Donner-
stag. In allen Gewänden wurde eine peinliche Auslese
der wenigen mit Fäulnis befallenen Trauben vor-
genommen; die Frühlese ist im Gang.

Rechsalm. Die Frühlese ist im Gang. Der Be-
ginn der allgemeinen Weinlese ist auf Donnerstag
festgesetzt worden. Es darf mit einem mittleren Jah-
gang gerechnet werden.

Rechingen. Die allgemeine Weinlese beginnt am
Donnerstag, 12. Okt. Es ist ein guter Mittelwein
zu erwarten. Quantum circa 4000 Hektoliter.

Letzte Nachrichten.

Eine Rotverordnung zur Bekämpfung der Devisenspekulation.
Ausgabe wertbeständiger Schatzanweisungen.

WTB. Berlin, 12. Okt. Bei der angekündigten Rotverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der Devisenspekulation handelt es sich, wie die Blätter wissen wollen, um eine neue Devisenordnung, die darauf hinausgehen soll, daß alle Devisenankäufe den Außenhandelsstellen angezeigt werden müssen und daß keine Devisenankäufe stattdessen dürfen, die zur Beschaffung von Einfuhrwaren nicht benötigt werden. Die Kontrolle soll in der Weise erfolgen, daß von jedem Devisenkaufauftrag nicht nur, wie bisher, eine Abschrift an das Finanzamt, sondern auch eine solche an die zuständige Außenhandelsstelle geleitet wird, die dann über die Gültigkeit des Kaufauftrags entscheiden wird. Die Nichtbefolgung der Verordnung soll unter strenge Strafe gestellt werden.

Was die Frage wertbeständiger Schatzanweisungen betrifft, so liegt, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ schreibt, dem Kabinett ein Vorschlag vor, eine wertbeständige Reichsanleihe zu schaffen, die in Stücken von 500 Mk. oder eines Reichsmark im Gesamtbetrag von 400 Millionen Goldmark ausgegeben werden soll. Diese sogenannten Goldscheine sollen mit einem Zinssatz von 4% ausgestattet und am Fälligkeitstag in Papiermark zum jeweiligen Kurs der Goldmark bezahlt werden.

Zur Sicherstellung der Brotversorgung.

WTB. Berlin, 11. Okt. Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, der sich mit der Abänderung des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide befaßt, erklärte der Präsident des Reichsgetreidebestell-, Geheimrat Herz: Die in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte, daß die Regierung Austräge zum sofortigen Einkauf von Getreide im Ausland in Höhe von 100 Millionen Dollar gegeben habe, sind unzutreffend. Die Reichsgetreidebestellstelle hat seit Wochen durch die Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel keine Einkäufe auf dem Weltmarkt tätigen lassen.

Die im Ausland gekauften und die auf die Getreideumlage abgelieferten Getreidemengen reichen aus, um die Brotversorgung bis Ende 1922 sicherzustellen.

WTB. München, 11. Okt. Der ständige Ausschuss des Landtags genehmigte einstimmig die Regierungsvorlage betreffend die Aufnahme einer Staatsanleihe zur Sicherung der Brotversorgung, wonach den Kommunalverbänden Vorschüsse bis zu 3 Milliarden zwecks Getreidebewirtschaftung gegeben werden, ferner Vorschüsse bis 1 1/2 Milliarden zur anderweitigen Sicherstellung der Brotversorgung bereitgestellt werden sollen.

Die Kohlensteuer.

WTB. Berlin, 12. Okt. Einer Korrespondenz zufolge sind Preußen und die süddeutschen Staaten beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden, für den Hausbrand die Kohlensteuer zurückzugeben. Die einzelnen Staaten gedenken, ihre Anregung im Reichsrat weiter zu verfolgen.

Aufhebung der Verträge der Regierung in Konstantinopel.

WTB. London, 12. Okt. Einer Reuters-Deutung aus Konstantinopel zufolge veröffentlicht der Finanzkommissar der Angoraregierung eine Mitteilung, worin er daran erinnert, daß alle Verträge, Kontrakte und Dekrete, die von der Regierung des Sultans seit dem 16. März 1920 verfügt wurden, als null und nichtig anzusehen sind.

Wirtschaftsabkommen.

WTB. Paris, 12. Okt. Der Aktionsausschuss der befreiten Gebiete einigte sich gestern endgültig über den Wortlaut des mit dem Verband sozialer Bauernverbände abzuschließenden Vertrags und traf alle Vorbereitungen für die Einbringung einer Zentralstelle für die Annahme und von örtlichen Stellen für die Verteilung von Lieferungen. Die Berliner Konferenz soll, wie bereits gemeldet, am 23. Oktober stattfinden.

Die Unterzeichnung des Rubanabkommens durch die Türken.

WTB. London, 12. Okt. Den Blättern zufolge wird amtlich mitgeteilt, daß die türkischen Vertreter das Rubanabkommen unterzeichnet hätten. Sie hätten sowohl in der Frage der neutralen Zone als auch in der Beschränkung der

Sendarmenie nachgegeben. Die griechischen Abgeordneten hätten noch nicht unterzeichnet und sich wegen zweier Punkte nach Athen gewandt.

Die Dardanellenfrage.

WTB. London, 12. Okt. Die britische Regierung beabsichtigt, eine Note an Rußland zu senden, worin die Beschwerde, daß die britische Flotte die Dardanellen blockiert und die Durchfahrt von Schiffen nach Rußland und den Schwarzmeerlandern verhindert, beantwortet wird. Die britische Antwort, die sich auf eine Mitteilung des Admirals Brock gründet, stellt ausdrücklich in Abrede, daß irgend eine Blockade der Dardanellen verhängt worden ist, und bricht ihre Überraschung darüber aus, daß eine Beschwerde erhoben wurde, da die Durchfahrt neutraler Schiffe durch die Dardanellen in keiner Weise behindert werde.

Das Notgeld vollständiges Zahlungsmittel.

WTB. Berlin, 12. Okt. Der Reichsfinanzminister hat laut „Voss. Zig.“ zur Milderung der Zahlungsmittelnot verfügt, daß die Regierungshauptkassen und deren Sonderkassen auch das von den Städten und den größeren Werken ausgegebene Notgeld als vollständiges Zahlungsmittel annehmen müssen.

Oberhoheit Chinas über Kiautschou.

WTB. Paris, 11. Okt. Nach einer Japans-Deutung aus New York wird aus Tsingtau berichtet, Japan habe beschlossen, sich zurückzuziehen und China am 2. Dezember die volle und die militärische Oberhoheit von Kiautschou zu übergeben.

Entwaffnetes Wetter.

Bei im wesentlichen unveränderter Luftdruckverteilung ist bei abnehmender Niederschlagsneigung für Freitag und Samstag vorwiegend bewölkt, mäßig kühles und meist trockenes Wetter in Aussicht zu nehmen.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf.

Zwergenberg.
Stammholzverkauf
Fichten und Tannen
Festm. 9 L, 18 II, 40 III, 25 IV, 17 V, 8. 11, 4 II. R.
Angebote in Prozenten des älteren Tagespreises von 1922 sind bis **Dienstag, den 17. d. M., vorm. 11 Uhr**, um welche Zeit über den Zuschlag entschieden wird, hier einzureichen. Der Käufer muß das Holz noch im Oktober an die Wege schleifen lassen.

Schultheißenamt.
Altensteig.
Eindunst-Gläser
Einmach-Gläser
Gummi-Ringe
in verschiedenen Größen, sind wieder eingetroffen.
Ferner empfehle mein jetzt gut sortiertes Lager in
Glaswaren, Steingut, echt Porzellan, Wasch-Garnituren, Kaffee-, Wein- u. Likör-Service bei billigsten Preisen.
Chr. Burghard jr.

Erdarbeiter
werden noch eingestellt an
Baustelle Wasserkraftanlage Altensteig
Heinr. Stöcker, Bauunternehmer.
Inserate haben in unserer Schwammbäder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg

Schwarzmaidverein Altensteig.
Sonntag, den 15. Okt.
Herbstwanderung
zur Hauptversammlung nach Freudenstadt, über Rühlbrunn, Abmarsch morgen 7 Uhr bei den Eichen. Abends Rückfahrt mit Zug ab 6.06, Altensteig an 9.38 Uhr. Bei ausgesprochenem ungenügender Witterung Einfahrt mit Auto, Altensteig ab 10.35 Uhr. Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein
der Vorstand.

1 mittelgroßer
Arbeitsstisch
samt Rundstuhl
sind wegen Umzug zu verkaufen. Zu sehen in der Geschäftsstube ds. Hl.

EMEN
AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachverkehr mit eigenen Dampfern. Ansonst vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen in Napoli, Rom & Schindl, Maritima, in Pflanzgrabenwaller, C. F. Schmidt, Unterstraße 24
in Stuttgart: Passagierbüro-Reisebüro
Eisenbahnstation des Nord. Lloyd, Untere Straße 11

Dixin
das
Sdankbare
Seifenpulver
Höchste
Waschkraft
Größte
Ergiebigkeit
HENKEL & CIL.
DÖSSELDORF.

Zwei neue
Ständen
je etwa 800 Lit., zum Waschen oder Einschlagen von Zwetschgen oder Birnen, hat zu verkaufen oder gegen Brennholz zu vertauschen.
Sotiklo Kaupp, Rübler Hatterbach.

Altensteig.
Pflanz-Formen
Pudding-Formen
Auflauf-Formen
Kuchen-Formen
aus feuerfestem Ton,
sowie sonstiges
braunes, gelbes u. farbiges
Ton-Geschirr
in großer Auswahl billig bei
Fr. Bühler jr.
Brett.
Ein gutes haltendes, ca. 600 Liter großes
Mostfaß
verkauft
Bärle.

Altensteig.
Zu der am Samstag, den 14. Oktober, im Gasthof zum Schwanen hier stattfindenden
30er-Freier
werden alle 1892er freundschaftlich eingeladen.

Reubulach - Hornberg.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Sonntag, den 14. und Sonntag, den 15. Oktober 1922 in unserem elterlichen Haus, **Gasthaus zur Krone** stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen
Friedrich Haarer | **Elisabeth Seeger**
Sohn des | Tochter des
Friedr. Haarer, Metzger- | † Jak. Friedr. Seeger,
meisters in Reubulach. | Bauers in Hornberg.
Rückgang um 1/2 11 Uhr in Reubulach.
Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Hochzeitskarten
und
Verlobungskarten
fertigt rasch und preiswert die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig.

Nothilfe Altensteig.
Wir bitten herzlich um
Obst und Kartoffeln.
Abzuliefern oder zur Abholung anzumelden bei
Frau Schmied Wallraff
oder Stadtpfarramt.